

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1873

18.2.1873 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 18. Februar.

№ 41.

Borauszahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1873.

Ämlicher Theil.

Durch Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 11. d. Mts. ist nachstehendes bestimmt worden:

Zu Portepesfähnichen werden befördert:
Vom 3. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 111 der Unteroffizier Hausmann;
vom 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20 der charakterisirte Portepesfähnich Meß;
vom 4. Westphälischen Infanterie-Regiment Nr. 17 der Unteroffizier Krieger.

Vom letzteren Regiment wird ferner dem Premierlieutenant Pohlent der Abschied mit der gesetzlichen Pension nebst Ansichts auf Anstellung im Zivildienst und der Erlaubniß zum Tragen der Arme-Uniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewilligt.

Vom 4. Badischen Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112 wird dem Secondlieutenant Eichfeld der Abschied mit der gesetzlichen Pension und der Erlaubniß zum Tragen der Regiments-Uniform mit den für Verabschiedete vorgeschriebenen Abzeichen bewilligt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 14. d. Mts. gnädigst geruht, dem Hofrath Professor Dr. Wilhelm Kühne an der Universität Heidelberg den Charakter als Geheimer Rath II. Klasse zu verleihen und den Bezirks-Arzt Franz Kettner in Oberkirch auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Ämlicher Theil.

Telegramme.

† Berlin, 16. Febr. Wie verlautet, sind von Seiten des Abgeordnetenhauses Lasker und v. Wedell-Behlingsdorf als Mitglieder der Untersuchungskommission in der Eisenbahn-Angelegenheit bestimmt.

† Wien, 15. Febr. Dem Gesetzentwurf über die Wahlreform zufolge beträgt in Zukunft die Zahl der Abgeordneten 351; davon treffen auf: Böhmen 91, Galizien 63, Niederösterreich 36, Oberösterreich 17, Salzburg 5, Steiermark 23, Kärnten 9, Krain 10, Bukowina 9, Wäheren 36, Schlesien 10, Tirol 18, Bessarabien 3, Friaul 4, Görz 4, Triest 4 Abgeordnete. Die bisherigen 4 Wählerklassen werden beibehalten. Die Abgeordnetenwahl geschieht in den Landgemeinden durch Wahlmänner, in den übrigen Wählerklassen unmittelbar. In der Regel ist die Abstammung eine geheime und schriftliche; ausnahmsweise ist in Landgemeinden auch die mündliche zulässig. Wahlberechtigt sind alle, 24 Jahre zählenden, selbständigen, den sonstigen Erfordernissen der Reichsraths-Wahlordnung genügenden Staatsbürger. Wählbar sind in jedem Lande jene Staatsbürger, welche das österreichische Staatsbürgerrecht mindestens seit einem Jahr besitzen, ein Alter von 30 Jahren und in einem Lande des österreichischen Staates das aktive oder passive Wahlrecht haben. Die Dauer des Mandates ist eine 6jährige. Die auf jedes Land entfallende Abgeordnetenzahl für die Reichsraths-delegation wird durch die aus dem betreffenden Lande unmittelbar entsendeten Reichstags-Abgeordneten gewählt. — Uebereinstimmend melden inspirirte Korrespondenten die Anerkennung der spanischen Republik durch das Wiener Kabinet als zweifellos.

† Genf, 15. Febr. Der Große Rath benutzte in seiner heutigen Sitzung die Beratung des katholischen Kultusgesetzes in zweiter Lesung. Derselbe lehnte hierbei die von Carteret beantragte Bestimmung ab, wonach alle Pfarrer, auch die im Amte befindlichen, sich einer Wahl durch die katholischen Staatsbürger unterwerfen sollen.

Das „Journ. de Genève“ demittirt die Nachricht, daß der Bundesrath in Rom die Abberufung des Geschäftsträgers beim päpstl. Stuhle gefordert habe, eben so wie jene, daß der päpstl. Nuntius Agnozzi überhaupt abberufen werden solle.

† Rom, 15. Febr. Die Abgeordnetenkammer genehmigte einstimmig die von Minghetti, Ratazzi und vielen andern Kammermitgliedern beantragte Erklärung, in welcher die Kammer dem Könige Amadeus für seine würdige und anständig konstitutionelle Haltung ihre Ergebenheit und Anhänglichkeit ausdrückt.

† Konstantinopel, 15. Febr. Der Großvezier Mehmed Ruschdi Pascha ist abgesetzt, der Kriegsminister Essad Pascha wurde zum Großvezier, der Marineminister Hussein Aoni Pascha zum Kriegsminister ernannt und die Stelle des Marineministers vorläufig unbesetzt gelassen. Rustem Bey, der türkische Botschafter in St. Petersburg, wurde an Stelle Franco Rasri Paschas, welcher gestorben ist, zum Gouverneur des Libanon ernannt.

† Athen, 15. Febr. Die Kammerwahlen sind in Ruhe und Ordnung beendet und größtentheils zu Gunsten der Regierung ausgefallen. Die Führer der Opposition Kumburoos Trikupis, Deljanni und Nikolopoulos sind nicht gewählt worden.

† Neu-York, 15. Febr. Das Schiff „Henri Johns“ ist verbrannt. Hierbei kamen 22 Menschen um und wurden 442 Ballen Baumwolle zerstört. — Die Abgeordnetenkammer in Washington lehnte eine Resolution ab, welche dahin ging, Spanien zur Errichtung der Republik zu beglückwünschen.

Deutschland.

Karlsruhe, 17. Febr. Das heutige Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 4 enthält Verordnungen 1) des Ministeriums des Groß-Hauses, der Justiz und des Auswärtigen: die Beforgung der Zustellungen an in der Heil- und Pflanzanstalten Alenau und Bfrozheim befindliche Pflanzlinge betreffend. 2) Des Ministeriums des Inneren: a die Kinderpest betreffend. b Den Vollzug des Armengesetzes betreffend. Instruktion für Ausstellung des Katasters über die zur Deckung des öffentlichen Aufwands für die Kreis-Armenpflege beitragspflichtigen Steuerkapitalien.

— Straßburg, 15. Febr. Ueber die Persönlichkeit des wegen Abfassung und Herausgabe einer hochverräterischen Flugchrift *) in Haft befindlichen Laporte (über wie er sich schreibt de Laporte) kann ich Ihnen das Folgende mittheilen. De Laporte ist geborener Franzose, hat aber hier in Straßburg studirt und wurde in der Folge als Advokat in benachbarten Zabern ansässig. Von da nach Straßburg übergesiedelt, erwarb er sich durch seine Thätigkeit, durch sein Geschick und seine Anhänglichkeit an die liberale Partei bald die beste Praxis dahier. Doch zogen ihm eine Reihe von unlauteeren Geschäftsbearbeitungen bald mancherlei Vorwürfe, gerichtliche Untersuchungen und endlich den zwangsweisen Austritt aus dem Kreise seiner Kollegen zu. Seiner Praxis that das nur geringen Eintrag, wofür schon der Umstand zeugt, daß er sich bei den Optionsbewegungen nach außen hin in keiner Weise betheiligte, sondern still thätig, aber ergiebig unter der Decke weiter arbeitete. De Laporte steht im Anfang der 40er Jahre, hat ein sehr stattliches, fast imposantes Aussehen, das mit einem deutlichen Anfluge salbungsvoller Frömmigkeit geschmückt ist. Seine Ehe ist kinderlos. — Seit der Verhaftung des Genannten will in der Stadt das Gerücht nicht zur Ruhe kommen, daß Diefem und Jenem (man nennt die Namen) ein ähnliches Schicksal bevorstehe. Gerichte und Polizei, denen man seither gewiß jeden andern Vorwurf eher machen konnte als den der politischen Schnüffelei, scheinen aber in allen Fällen sicher gehen zu wollen, was nur zu billigen ist.

— Straßburg, 15. Febr. Der wegen Sifimordes zum Tode verurtheilte Photographengehilfe Hosp aus Hagenau (gebürtig in Ravensburg) hat wegen Umwandlung seines Urtheils die kaiserliche Gnade angerufen.

† Stuttgart, 15. Febr. Nach dem heute Morgen ausgegebenen Bulletin über das Befinden der Königin-Mutter war der gestrige Tag ziemlich befriedigend; Nachts trat anfangs ein scheinbar ruhiger Schlaf, später und bis in den Morgen hinein ein sehr erschwerter, kurzer Athem ein. Prinz Wilhelm, der Entel der hohen Kranken, ist gestern aus seinem demaligen Aufenthaltsorte Potsdam hier angekommen.

Darmstadt, 15. Febr. (Fr. J.) Von Seiten des Abg. Frank ist der Antrag gestellt worden, die Regierung zu ersuchen, ihren Einfluß im Bundesrath gegen die Erhöhung der Tabaksteuer wenigstens in dem projektirten Maße (9 Thlr. per Zentner) geltend zu machen und den hiesigen Bevollmächtigten zum Bundesrath in diesem Sinne zu instruiren. In den Motiven des Antrags wird hervorgehoben, daß die projektirte Steuer selbst einem Eingangszoll von 14 Thlrn. gegenüber zu hoch gegriffen sein und den Ruin unserer blühenden Tabakindustrie herbeiführen würde.

○ Frankfurt, 16. Febr. Auf Befehl des Kaisers Alexander hat am vorigen Freitag in allen Kirchen der russischen Monarchie, sowie in allen Städten des Auslandes, woselbst sich griechische Kirchen befinden, ein feierlicher Dank-Gottesdienst für die Wiedergenesung des Großfürsten-Thronfolgers stattgefunden, unter andern auch in der griechischen Kapelle auf dem Neroberg in Wiesbaden. Bekanntlich hat der Herzog von Nassau diese prachtvolle Kapelle seiner verstorbenen ersten Gemahlin, die eine russische Großfürstin gewesen, als Grabmal errichtet. Der Gottesdienst am vorigen Freitag war sehr zahlreich von den in Wiesbaden lebenden Russen besucht, und auch die

*) Diefelbe, französisch und in gewandtem Style geschrieben, trägt den Titel: „Die gegenwärtige Politik des Niederrheinischen Kuriers“. Die an die letztere Adresse gerichteten Nummern der Flugchrift kommen bei deren gerichtlicher Verfolgung nicht in Frage.

hier und in Darmstadt residirenden diplomatischen Persönlichkeiten hatten sich zu der kirchlichen Festlichkeit eingefunden.

Koburg, 13. Febr. (Fr. J.) Der Landtag des hiesigen Herzogthums ist nach Erledigung der Vorlagen verlag worden. Auf eine Vorlage, die Bewilligung von 1725 fl. für das hiesige Lehrseminar betr., ging der Landtag deshalb nicht in der proponirten Weise ein, weil er vorerst einen speziellen Plan über besserer Organisation des seit her unter der Direktion des hiesigen Oberpfarrers stehenden Seminars vorgelegt wünscht, und jedenfalls eine andere Leitung für nöthig erachtet. Den Wunsch nach Fortbestand des hiesigen aber besser zu organisirenden Lehrseminars sprach der Landtag ausdrücklich aus.

** Braunschweig, 15. Febr. Der Landtag hat in seiner heutigen Sitzung das Gesetz, die Verhältnisse der Dissidenten betreffend, nach dem Antrage der Kommission mit großer Majorität in der nachfolgenden Fassung angenommen: „Die bürgerliche Beglaubigung von Geburten, Berechtigungen und Sterbefällen solcher Personen, welche weder der evangelisch-lutherischen Landeskirche, noch der reformirten noch der katholischen Kirche oder der jüdischen Religionsgenossenschaft angehören (Dissidenten) und dies nöthigenfalls durch Auszüge aus dem Dissidentenregister oder sonstige beizubehalten, erfolgt wie bisher durch Eintragung in das Kirchenbuch, welches für dasjenige evangelisch-lutherische Kirchspiel geführt wird, in welchem der Fall sich ereignet.“ Der Antrag der Regierung hatte Eintrag in ein Stadt- oder Amtsgerichts-Register vorgeschlagen.

** Berlin, 15. Febr. Die „Spener. Ztg.“ bespricht die große Bedeutung der gestrigen, aus der eigenen Initiative des Königs hervorgegangenen Botschaft und sagt von ihr, sie falle in den von ihr verfolgten Zwecken durch aus mit dem Lasker'schen Antrage zusammen. Die Botschaft sei kein Coup gegen den Lasker'schen Antrag, sondern ein freudigst zu begrüßendes Zeichen des bereitwilligen Zusammenwirkens zwischen Regierung und Parlament. — Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ kündigt an, daß ihr so eben, kurz vor Schluß der Redaktion, die Replik des Geh. Rathes Wager auf die Anschuldigungen Lasker's zugehe; der Abdruck des umfangreichen Elaborats sei in der heutigen Nummer nicht mehr möglich und werde in der nächsten Nummer erfolgen.

Berlin, 15. Febr. (Nat.-Ztg.) Am 12. d. M. hat, wie schon gemeldet, das zum Schiedsgericht bestellte königl. Ober-Appellationsgericht dahier die mit Spannung erwartete Entscheidung in dem Prozesse „Bismarck contra Bismarck“ publizirt. Der Sachverhalt ist bekanntlich folgender: In dem Wiener Frieden trat Dänemark Schleswig-Holstein und Lauenburg an Oesterreich und Preußen ab, und letztere übernahmen dafür einen nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer der abgetretenen Territorien zu ermittelnden Antheil an der dänischen Staatschuld. Nachdem das Herzogthum Lauenburg preussisch geworden, bezahlte Preußen dessen Schulden; das Abgeordnetenhause reklamirte jedoch Ersatz, weil Lauenburg noch nicht der preussischen Monarchie einverleibt sei; in Folge dessen erhob Preußen Klage gegen Lauenburg wegen Ersatz der bezahlten Summe, und da Fürst Bismarck in beiden Ländern an der Spitze der Geschäfte stand, so erhielt der Prozeß den oben genannten landläufigen Namen. Das Ober-Appellationsgericht hat nun zu Gunsten Lauenburgs erkannt und die preussische Klage abgewiesen, weil Lauenburg von jeher ein selbständiges deutsches Land gebildet und weder einen Bestandtheil des dänischen Gesamtstaates ausgemacht habe, noch auch an Schulden dieses Staats passiv theilhaftig gewesen sei.

Oesterreichische Monarchie.

† Wien, 15. Febr. Dem Vernehmen nach wird das Ministerium die Konzeptionen an Galizien als ein nothwendiges Korrelat der Wahlreform erklären und im äußersten Fall die Kabinettsfrage stellen.

Wien, 15. Febr. (Köln. Z.) Goluchowski erklärte im Polenklub, er werde von dem Statthalterposten zurücktreten, falls die polnischen Abgeordneten auf ihrer Absicht, wegen der Wahlreform die Mandate niederzulegen, beständen, und eröffnete, daß sein Nachfolger sicherlich viel weniger polnisch gesinnt sein werde als er.

Schweiz.

Solothurn, 15. Febr. Die Regierung von Solothurn hat den Pfarrämtern die Weisung zukommen lassen, allen amilichen Verkehr mit dem Bischof abzubrechen. Zugleich ist denselben auch die Weisung mitgetheilt worden, sich in Zukunft jeder Einmischung in die politischen Verhältnisse des Staats zu enthalten. Es wird gedroht mit dem Verantwortlichkeitsgesetz für Staatsangestellte und der Wiederwahl.

† Solothurn, 15. Febr. Die „Basl. Nachr.“ melden: Da das Domkapitel die Wahl eines Bischofsverweisers

ablehnt, beschloß heute die Didjessankonferenz in Solothurn, die Wahl von sich aus vorzunehmen, und hat den Vorort Solothurn ersucht, eine geeignete Persönlichkeit in Vorschlag zu bringen und die Konferenz sodann baldmöglichst wieder einzuberufen. Die Konferenz erkennt den Standpunkt des Domkapitels nicht an und erklärt, daß eine weitere Revision den Fortbestand des Domkapitels in Frage stellen könne. Die definitive Entscheidung hierüber wird bis zum Eingehen des Wahlvorschlages verschoben. Bezüglich des vom Bischofe an den Bundesrath ergangenen Rekurses soll ein Gegenmemoriale erfolgen. Die Grundlagen des neuen Bisthumsvertrages wurden vorgelegt und prinzipiell durchberathen.

Frankreich.

× Versailles, 15. Febr. Die Nationalversammlung beschäftigt sich 3. J. mit der Zuckersteuer, einer Sache, die für das große Publikum im Ausland kein Interesse bietet. Nur einer Episode mag gedacht werden, die in der gestrigen Sitzung vorkam.

Präsident Grévy: „Der General du Temple wünscht den Minister des Aeußern wegen der nationalen Stiftungen und Besitzthümer zu interpelliren, die wir in Rom haben und welche durch das neue italienische Gesetz über die geistlichen Körperschaften bedroht sind.“ Der Minister des Aeußern, v. Rémusat: „Meine Herren! Wenn der Interpellationsantrag des Hrn. du Temple lebhaft den Zweck hätte, die Regierung auf die Wichtigkeit dieser Frage aufmerksam zu machen, so wären wir bald einig und die Interpellation wäre sogar unnütz. Niemand kann daran zweifeln, daß die Regierung den ganzen Ernst und die ganze Wichtigkeit der Fragen begreife, welche die Interessen der Kirche aller Länder berühren. Wenn aber die Interpellation auf eine eingehende Verhandlung über diesen Gegenstand abzielt, so müßte ich die Nationalversammlung bitten, diese Interpellation nicht auf ihre Tagesordnung zuzulassen. (Beifall auf einigen Bänken.) Es handelt sich um zwei Fragen, einmal um die geistlichen Körperschaften im Allgemeinen, d. h. also um die Institute, welche, wie ich schon sagte, die gesammte Kirche interessieren, zweitens um die engere, aber die französische Regierung besonders berührende Frage der uns gehörigen Stiftungen und Anstalten. Bei diesen letzteren handelt es sich um eine Frage des Staatseigentums, und Sie begreifen, daß die Interessen des Staatseigentums von uns werden vertreten werden, wie es sich gebührt. Die erste Frage, eine allgemeinere, aber auch schwierigere, soll ebenfalls nicht aus dem Auge gelassen werden; aber die Kammer begreift, daß in diesen Materien Manches im diplomatischen Verkehr zwischen zwei Regierungen gesagt werden kann, was sich doch nicht von der Tribüne herab wiederholen läßt. Nachschläge, Bemerkungen, selbst Vorstellungen, welche sich zwei Staaten in freundschaftlichem Verkehr gegenseitig machen, nehmen einen andern Charakter an, wenn sie öffentlich gesprochen, und können dann leicht einer fremden Einmischung gleichsehen. Die in Rede stehende Frage wird demnach das Parlament einer benachbarten Nation beschäftigen; glauben Sie, daß es der Sache dienlich wäre, wenn man über sie von einer Tribüne zur andern verhandelte? Ich glaube es nicht, und darum bitte ich, die Interpellation nicht zuzulassen.“ (Beifall auf mehreren Bänken.) General du Temple: „Ich verlange nicht viel. Ich müßte Ihnen nicht zu, wie der römische Senat zu handeln, welcher, während Rom belagert war, die von dem Feinde besetzten Länder zur Vertheidigung brachte. Ich verlange ja nur, wir sollen darüber machen, daß nationales Eigenthum, daß geistliche und wohltätige Anstalten nicht von einer Regierung ausgeraubt und zerstört werden, für deren Freundin sich unsere Regierung ausgibt. (Murren.) Ich will mich nur gegen die Theorie der vollendeten Thatfachen erklären und bitte, meine Interpellation recht bald (Georges: „Nach der Zahlung der fünfsten Milliarde!“) auf künftigen Montag anzusetzen.“ Präsident: „Welchen Termin würde der Hr. Minister des Aeußern empfehlen?“ Rémusat: „Etwas in drei Monaten.“ General du Temple: „Das ist reiner Spott; ich will nicht den Vorwand zu einer neuen Insulte gegen den hl. Vater abgeben und ziehe meine Interpellation zurück.“

Spanien.

** Madrid, 14. Febr. Der Minister des Aeußern, Castelar, hat eine ihm zugegangene Glückwunsch-Adresse der südamerikanischen Kolonie in Paris mit einer Dankzuschrift beantwortet, in welcher er hervorhebt, daß Südamerika jetzt, wo Kuba republikanisches Gebiet sei, keinen Grund mehr habe, den Regierungsgegnern auf Kuba Vorschub zu leisten. Von der Regierung werden, wie man hört, Abgeordnete aus Kuba erwartet, mit welchen über die auf den Antillen einzuführenden Reformen verhandelt werden soll. — Der nordamerikanische Gesandte, General Sickles, hat in dem der Regierung übersendeten Glückwunschschreiben die nordamerikanische Union und Spanien als Schwesterrepubliken gefeiert. — Von der Regierung werden Gesetzentwürfe über Trennung der Kirche vom Staat und betreffs der Unabsehbarkeit der Staatsbeamten angekündigt. Auch die Aufhebung der Ministerien für öffentliche Arbeiten, Justiz und Kolonien ist von der Regierung in's Auge gefaßt; ebenso sollen die Pensionen für solche Beamte, welche vor Ablauf des 60. Lebensjahres in Ruhestand getreten oder versetzt worden sind, wegfällig werden. — Das Königreich der Niederlande hat die republikanische Regierung ebenfalls anerkannt.

Großbritannien.

London, 16. Febr. Der Zustand des Grafen Bernstorff ist unverändert. — Die in den Eisenhütten von Steyner und Ogmore in Südwales beschäftigten Arbeiter, 4000 an der Zahl, haben ein Uebereinkommen angenommen, wonach ihre Löhne bis zum 1. März um 5 Proz. herabgesetzt werden; alsdann findet keine Herabsetzung im Lauf eines Monats statt, aber eine Erhöhung von 5 Proz. vom 31. März bis zum 5. Juli. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen. An andern Orten sind die Strikes nicht beendet.

Amerika.

** Washington, 15. Febr. Grant hat dem Kongresse eine Botschaft geschickt, welche die Annahme der Gesetzentwürfe zur Beseitigung der Kompetenzkonflikte zwischen den Unions-Gerichtshöfen und den Territorialgerichten im

Utah-Territorium empfiehlt, damit die Gesetze gegen die Polygamie und andere Vergehen die vollste Anwendung finden. Die seitherigen Kompetenzstreitigkeiten hinderten die Anwendung der Gesetze. Derselben könnten einen gewaltthätigen Charakter annehmen und eine militärische Intervention herbeiführen, falls der Kongreß nicht abhelfe. — Im Anschluß an diese Botschaft ist dem Kongreß eine Vorlage zugegangen, wonach die Wahl der Geschwornen den Lokalbehörden entzogen und alle Kriminalfälle von den Bundesgerichten und durch Richter, welche von Bundeswegen angestellt sind, abgeurteilt werden sollen.

Badische Chronik.

S.d.G. Karlsruhe, 12. Febr. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Die sämtlichen Haupt- und Unterlehrer und Lehrerinnen der höheren Lehranstalten, der evangelischen und katholischen Stadtschulen sprechen in einer Eingabe, welche vorgelesen wird, ihren Dank darüber aus, daß die Gemeinde aus freier Entscheidung ihnen für das Jahr 1873 die gleichen Lehrentgeltzulagen bewilligt hat, wie im vorigen Jahre. — Die Direktion des städtischen Gaswerkes legt Bericht vor über den Betrieb des Werkes in den verfloßenen Wintermonaten. Wir entnehmen demselben folgende Einzelheiten: Im Herbst 1872 war der Gasverbrauch gegenüber dem Vorjahre so wesentlich geblieben, daß die Gefahr nahe lag, im Dezember könne die Nachfrage nicht mehr befriedigt werden. Im September war die Zunahme der Gesamtgasabgabe 7 Proz., die Zunahme der Abgabe am stärksten Tag 11 Proz.; im Oktober 12 resp. 22 Proz. Es stand für den Dezember eine Maximalabgabe von 310 bis 320,000 Kubikfuß zu erwarten, eine Gasmenge, welche nicht beschafft werden konnte. Es mußten Vorkehrungen getroffen werden, die man schon im September 1871 vorausah, von welchem Monate an man sich den neuen Abnehmern gegenüber das Recht vorbehielt, vorübergehend die Gasabgabe zu verweigern, wenn die Leistungsfähigkeit des Gaswerkes nicht mehr ausreichte. 238 Verträge sind von dieser Maßregel betroffen worden. Dank den Gasverbrauchern, welche in Folge öffentlichen Einsehens mit dem Gase möglichst haushälterisch zu Werke gingen, um die jüngeren Abnehmern nicht in die Verlegenheit zu bringen, kein Gas mehr erhalten zu können, und dem glücklichen Umstande, daß keinerlei Unfall eine Störung in der auf das Aeußerste angestrengten Gasfabrikation hervorbrachte, ging die Krise glücklich vorüber. Dazu hatte auch wesentlich beigetragen, daß in nicht beträchtlichem Maße der Gasdruck vermindert, dafür aber durch Verwendung feinerer theurer Kohlen besserer Gas erzeugt wurde. Der Gasdruck wurde allmählig von 16" bis auf 12" reduziert, sogar einige Male auf 11"; zweimal mußte die öffentliche Beleuchtung um 9 Uhr ausbleiben. Aber ein vollständiger Gasmangel trat nicht ein, obgleich 1586 Privatabnehmern und 872 öffentliche Lichter zu befriedigen waren. — In Folge einer bezüßelnden Mittheilung, die Feischbach zu unterrichten, welche Einrichtungen zweckmäßig sind, um die Anordnung treffen zu können, daß sämtliche Kleinwirthschaften geschäftlich werden kann. — Zur Besprechung der Frage über die Erbauung einer festen Brücke über den Rhein bei Marau mit der pflanzlichen Eisenbahnverwaltung wird der Oberbürgermeister ersucht, sich demnach nach Ludwigshafen zu begeben. — Der Vorstand des bad. Frauenvereins sendet die neuen Vereinsjahrgänge ein. Der Gemeinderath spricht dafür seinen Dank aus und es entspinnt sich eine längere Besprechung über die Frage des Verhältnisses der öffentlichen Armenpflege zur freiwilligen Hilfsthätigkeit und des Einflusses der letzteren auf den Erwerb des Unterhaltungswohnsitzes. Man war darüber einig, daß der Armenrath mit den begünstigten Armenunterstützungsvereinen sich in's Benehmen zu setzen habe, und daß der Armenrath immer unterrichtet sein sollte, welche Personen durch die freiwillige Hilfsthätigkeit unterstützt werden.

g Karlsruhe, 16. Febr. Nach einer längeren Pause hielt gestern die 3. Sektion des Männer-Hilfsvereins wieder eine Sitzung, die, den nicht eben sehr günstigen Zeitpunkt in Anschlag genommen, verhältnismäßig zahlreich besucht war. Auf der Tagesordnung stand die Beratung über die bestehenden und die wünschbaren Einrichtungen der Karlsruher Armenpflege. Die Verhandlungen wurden durch einen Vortrag des Hr. Verwaltungsraths Dr. Ullmann über die gegenwärtig für Baden gültigen, gesetzlichen Bestimmungen und über die thatsächlichen Verhältnisse in Karlsruhe, eingeleitet. Während sich Hr. Ullmann dabei auf die öffentliche Armenpflege beschränkte, zog ein zweiter Vortrag, vom Vorsitzenden, Prof. Dr. Emminghaus, auch die freiwillige Armenfürsorge in die Besprechung. Ebenfalls anknüpfend an die bestehenden Einrichtungen und Bestrebungen in Karlsruhe, stellte Hr. Emminghaus gewisse Grundzüge auf, welche für eine geistliche und segensreiche Wirksamkeit der freiwilligen, wie der öffentlichen Armenpflege bürgen können. Als Ziele, welche die freiwillige Armenfürsorge ins Auge zu fassen hätte, bezeichnete der Vortrag: den Zusammenschluß aller in unserer Stadt bestehenden Vereine und Institute für freiwillige Armenpflege, unter einheitlicher Leitung; bei völlig selbständiger Wirksamkeit innerhalb der ihnen eigenthümlichen Gebiete Verpflichtung der Einzelvereine zur Rechenschaftsablegung an den Gesamtverein; Konzentrirung und gemeinschaftliche Verwaltung der Mittel und Verhütung einer Kumulirung derselben; genaue Kontrollirung der Unterstüßungen, Beseitigung des Haus- und Straßenbettel. Eine Kollision der freiwilligen Armenpflege mit der öffentlichen ist bei der Verschiedenheit der beiderseitigen Gebiete und Ziele nicht zu befürchten. Die öffentliche Armenpflege in unserer Stadt ist eben jetzt in einer Reform begriffen, für welche die maßgebenden Kreise die an andern Orten gesammelten Erfahrungen auf das Beste zu verwerthen beabsichtigen. Gerade mit Rücksicht darauf fand der von einem anwesenden Mitglied der städtischen Armenkommission gestellte Antrag die Genehmigung der Versammlung, der Vorsitzende solle mit Abfassung einer Denkschrift beauftragt werden, in welcher die Ergebnisse der beiden Referate zusammengefaßt und welche dem städtischen Armenrath in thunlicher Weise vorgelegt werden soll. Die Reformbedürftigkeit unserer städtischen Armenpflege ist eine allgemein anerkannte Thatsache. Die Mittheilungen des ersten Referenten darüber fanden im Laufe der Beratung vielfache Bestätigung und Ergänzung. Ueber die geeigneten Mittel zur Reform unserer öffentlichen Armenpflege machte der Vorsitzende, mit Hinzuziehung auf anderweitige Erfahrungen, besonders in den Städten Elberfeld, Braunschweig, München, eine Reihe von Vorschlägen. Als die wichtigste Aufgabe erscheint darnach die möglichste

Individualisirung der Armenpflege, die so gut nur immer möglich der Verschiedenheit der einzelnen Bedürfnisse Rechnung zu tragen sucht, aber eben deswegen auch eine beträchtliche Zahl tüchtiger Kräfte in Anspruch nimmt. Während man für die Frage der Reform der öffentlichen Armenpflege, Dank den eifrigen Bestrebungen der maßgebenden Personen und Behörden, eine glückliche Lösung erblicken zu dürfen glaubt, wollen sich mehrfach geäußerte Zweifel nicht beseitigen lassen, ob es auch gelingen werde, die vereinzelt fortwährend Bestrebungen der verschiedenen Vereine und der Privaten zu einem geistlichen Zusammenwirken zu vereinigen. Von der festn. Ueberzeugung geleitet, daß eine nicht genügende und eine verkehrte Armenpflege dem Uebel, dem man begegnen will, nicht zu steuern vermag, sondern vielmehr dazu beiträgt, es zu vergrößern, und daß mit den bekanntermaßen sehr bedeutenden Mitteln, welche die Privatwohlthätigkeit in Karlsruhe aufbietet, ungleich bessere und segensreichere Erfolge zu erzielen wären, — will die Versammlung einen Versuch doch nicht unterlassen, ob auch auf dem Gebiete der freiwilligen Armenpflege die notwendig erachteten Reformen zu erreichen sein möchten. Die beschlossenen Vorschläge werden in Form einer Denkschrift im Druck veröffentlicht und sämtlichen hiesigen Wohlthätigkeitsvereinen zugesandt werden. Auch auf die Verdienste, welche die Presse sich um die ohne Zweifel hochwichtige Frage erworben kann, wurde hingewiesen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Neuwahl des Vorsitzenden an Stelle des von hier nach Gotha überfiedelnden Prof. Emminghaus, wurde vertagt, da noch eine Sitzung in nächster Zeit gehalten werden soll.

Heidelberg, 16. Febr. In dem gestern Abend im Museum stattgehabten akademischen Vortrage entrollte Hr. Professor Engel ein interessantes und anschauliches Bild jener weiten monotonen, unter dem Namen der Hochmoore bekannten Landstrecken Norddeutschlands, welche in der höchsten Niederung, in Ostfriesland, an den Ufern der Ems zu ungeheurer Ausdehnung angewachsen sind. Da solche Bildungen in unserer deutschen Süden ganz unbekannt sind, so mögen einige Notizen aus diesem Vortrage auch in weiteren Kreisen nicht unwillkommen erscheinen. Die Bedingungen, unter welchen Moore sich bilden, bestehen in dem Vorhandensein einer das ganze Jahr hindurch mit Wasser gesättigten Niederung und in der Nachbarschaft gewisser, der sogenannten Uebergangs-Gesteine, durch welche das Wasser der Niederung beim Durchfließen mit bestimmten mineralischen Stoffen gesättigt wird, die ihrerseits zur Ernährung der unmittelbaren Moorbilner, der Sumpfmoose, notwendig sind. Von diesen das Wasser schwammartig aufsaugenden Moosen entstehen in ununterbrochener Reihenfolge Tausende von Generationen nach und aufeinander, so daß die Tiefe solcher Moore an einzelnen Stellen gegen 100 Meter betragen soll, wobei denn die unteren Schichten zu dem dichteren Torfe sich gestalten, während der obere Theil eine schwarze schlammige mit einer schwarzen Schichte lebender Moosvegetation überdeckte Masse bildet. Solche in unüberschaubarer Ferne gleich dem Ocean ausgebreitete braune Flächen gewähren einem trostlosen Anblick. Nur wenig wird deren Färbigkeit gemindert durch schmale, wenige Fuß hohe Sandrücken, welche sich von angrenzenden Ländern zungenartig weit in die Moore hinein erstrecken, durch vereinzelte Büten, deren weißer Stängel pyramidal abwärts gegen den schwarzen Boden, und auch das Thierleben ist ein äußerst beschränktes in diesen unwirthlichen Gegenden, deren lauliche Stille nur selten unterbrochen wird durch das Wispern einiger Wasserläufer und Enten. Und doch hat auch hier der Mensch sich angefaßt, freilich nur in zerstreuten, ärmlichen, doch fruchtigen Hütten, welche aus wenigen Wäldern und Brettern, deren Zwischenräume mit Torfmaße ausgefüllt werden, konstruirt sind, in denen er den farg zugewiesenen Raum mit einigen Hausthieren theilt und die langen Winter in dumpfen Hünbrüthen verbringt. Während des Sommers erregt er seinen Lebensunterhalt aus dem Boden selbst durch Torfbereitung mittelst Ausgraben, Formen und Trocknen der schwarzen Masse unter seinen Füßen. Dieser Torf, für welchen alle europäischen Sprachen dasselbe Wort haben, ist für jene Gegenden von der allergrößten Wichtigkeit, er bildet hier das alleinige Brennmaterial und den Rohstoff einer Reihe technischer, werthvoller Artikel, denn aus ihm werden nicht nur Papier und Tapeten, sondern auch die Beleuchtungsmittel Phologon, Solaröl und Paraffin zum Theil hergestelt. Eine andere, erfreulichere Physiognomie haben diese Mooregegenden da gewonnen, wo sie von Kanälen durchkreuzt werden, an welchen sich größere Niederlassungen gebildet haben, die ihre Entstehung Kolonisationsgesellschaften verdanken, deren Auzug von den benachbarten Holländern und ihrem praktischen Geiste ausging. In solchen oft mehrere Tausend Einwohner starken Kolonien herrscht reges Leben, Schiffsahrt und Ackerbau, da man hier den Boden dadurch verbessert und ertragsfähig gemacht hat, daß die ihm fehlenden Bestandtheile in Gestalt von Kalksteinen, Basaltstein und dergleichen aus der Ferne als Rückfracht von den mit Torf beladenen gewesenen Schiffen herbeigebracht und ihm zugesetzt wurden. Doch gibt es noch eine andere Art Moore, welche der Kupfergewinnung des Moorbores, das Brennen, welches lange Zeit hindurch, freilich ohne Erfolg, gesetzlich verboten war, jetzt aber von der preussischen Regierung für bestimmte Strecken jährlich verpachtet wird. Durch dieses Brennen einzelner zuvor durch geogene Gerölle entwässert und durch Frost aufgelodert Bodenabschnitte werden darin die sogenannten Humusäuren zerstört, der Boden fester und relativ reicher an den mineralischen Nährbestandtheilen, so daß dann während etwa fünf Jahren Kartoffeln, Roggen und Buchweizen gekraut werden können, wozu aber der Boden auf mindestens ein Menschenalter hinaus erschöpft ist und verlassen wird. Diesen großen Moorbränden entspringt der bis zu uns, ja selbst bis nach Wien hinziehende, der Vegetation so schädliche Hohenrauch. Zur Beseitigung dieser Bausplage hat sich neuerdings ein Anti-Hohenrauchverein gebildet, welcher die Regierung zu bestimmen sucht, dem Moorbores ein Ende zu machen und die Urbarmachung des Moorbodens auf anderem Wege zu betreiben.

— Kürzlich fand in Offenbürg eine Versammlung von Steuerperquatoren statt, welche dadurch ein besonderes Interesse erhielt, daß in derselben dem seit vielen Jahren in rastloser Thätigkeit in Bruchsal wirkenden und nur nach 53-jährigem Treuen und gewissenhaftem Wirken in den Ruhestand tretenden Kreis-Steuerperquator Kanaler ein schöner und erhebender Beweis der Anerkennung zu Theil wurde durch Ueberreichung eines silbernen Pokals mit entsprechender Widmung. Dieser Akt brachte auf den greisen Jubilar einen ergreifenden Eindruck hervor. (Krbg. 3.)

— Auf Anregung des landwirthschaftl. Bezirksvereins hat der Gemeinderath Messing genehmigt, daß Zuchtvieh-Märkte abgehalten werden jeweils am 1. Montag des April, am 3. Montag des Septembers. Der erste Zuchtvieh-Markt findet also statt Montag den

